

Verwaltungsvertreter

Bach, Bernhild
Mandt, Thomas
Over, Willi
von Bülow, Alice Beigeordnete

Schriftführerin

Fuhs, Sarah

Nicht anwesend (entschuldigt)

Becker, Christoph	Gesamtschule
Dubois, Christian	Gymnasium
Flamme, Christina	CDU-Fraktion
Föhmer, Franziska Dr.	Förder-/Verbundschule
Geschwind, Astrid	Sekundarschule
Klar, Rainer Dr.	Seniorenbeirat
Kretschmer, Gabriele	CDU-Fraktion
Schoeneberg, Robert Dr.	Hauptschule
Sonntag, Simon	Stadtschülervertretung
Zander, Steffen	FDP-Fraktion

Tagesordnung

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
3	Einwohnerfragestunde	
4	Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 40/2016 vom 21.06.2016	
5	Antrag der SPD-Fraktion vom 18.08.2016 betr. zukünftige Nutzung des Sportplatzes Rösberg	718/2016-11
6	Große Anfrage der FDP-Fraktion vom 06.09.2016 betr. Raumkonzepte der weiterführenden Schulen	766/2016-5
7	Mitteilung betr. Sachstand der Baumaßnahmen an den städtischen Schulen	
8	Mitteilung betr. Unterbringung von Flüchtlingen	773/2016-1
9	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	771/2016-1
10	Anfragen mündlich	

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

AV Wilfried Hanft eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Schule, Soziales und demographischen Wandel der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel beschlussfähig ist.

Der Ausschuss beschließt auf Vorschlag des AV Hanft,

1. den Tagesordnungspunkt 12 abzusetzen, da diese bereits vorab von der Verwaltung zurückgezogen wurde.

- Einstimmig -

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:
TOP 1-5, 3 und 8, ab 6, 7, 9 und 10.

	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	

Frau Sarah Fuhs ist bereits zur Schriftführerin bestellt.

2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
----------	---	--

Es wurden keine Ausschussmitglieder verpflichtet.

3	Einwohnerfragestunde	
----------	-----------------------------	--

Die Einwohnerfragestunde wurde von AV Hanft unter TOP 3 aufgerufen. Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor. Seitens der anwesenden Bürger wurden keine Fragen gestellt. Nach Beschlussfassung des TOP 5 wurde die Einwohnerfragestunde von AV Hanft erneut aufgerufen, da von den anwesenden Bürgern nunmehr Fragebedarf signalisiert wurde.

Frage Frau Kuhl, Anwohnerin Maarpfad: Wie wollen Sie es schaffen, diesen sozialen Brennpunkt aus Flüchtlingen und sozialschwachen Menschen nicht zu einem Ghetto werden zu lassen, zumal sich bereits gegenüber das sogenannte „Bunte Viertel“ befindet, welches seit zwanzig Jahren Probleme bereitet?

Antwort:

Nach interfraktionellen Gesprächen besteht bezüglich der Standorte zur Flüchtlingsunterbringung noch erheblicher Klärungsbedarf. Es müssen neue Standorte festgelegt werden. Es wird um Geduld gebeten, weitere Gespräche hierzu werden geführt.

Frage einer Anwohnerin: Welche Verfahrensweisen werden zur Lokalisation der Flüchtlingsunterkünfte gewählt und wie sieht die Bürgerbeteiligung hierzu aus?

Antwort:

Es gibt Befragungen in den einzelnen Ortschaften, unter Einbeziehung der jeweiligen Ortsvorsteher. Bestimmte Voraussetzungen für die Standortbestimmung müssen vorliegen: gewisse Größe, versorgungsnah Standorte und Anbindung an den ÖPNV. Für den geplanten Standort „Maarpfad“ ist die Größe strittig, daher wird hier zunächst nochmals in der Politik diskutiert. Im Anschluss daran werden die Bürger beteiligt.

Frage: Gibt es Konzepte zur Zentralisierung von Flüchtlingen?

Antwort:

Grundsätzlich besteht ein Konsens langfristig die bestehenden Containerlösungen abzuschaffen und Unterbringungsmöglichkeiten innerhalb der Ortschaften zu finden. Es ist jedoch nicht leicht, entsprechenden Wohnraum zu finden, daher werden zentrale Unterbringungsstandorte zurzeit noch benötigt.

Frage Herr Kurth: Aufgrund des geplanten neuen Baugebietes mit Sozialwohnungen im Bereich Maarpfad, Koblenzer Straße und Herseler Straße wird es sicherlich zu weiteren Verschärfungen der Wohnsituation kommen. Welche Maßnahmen sind geplant um dies zu verhindern? Außerdem wäre eine gerechtere Aufteilung der Flüchtlingsunterbringung in den anderen Ortschaften wünschenswert, da durch die aktuelle politische Situation weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen, bzw. Rückführungen stattfinden. Warum reichen die derzeitigen Standorte zur Flüchtlingsunterbringung nicht aus?

Antwort: Es besteht ein ständiger Austausch mit der Bezirksregierung hinsichtlich der mutmaßlichen Zuweisungen an die Stadt Bornheim. Betreffend Haushalts- und Unterbringungsplanungen mussten Prognosen getroffen werden, die ggf. zu korrigieren sind.

Es wurden Standorte beschlossen, die jedoch baurechtlich nur für eine gewisse Zeit zulässig sind. Diese Standorte müssen vermutlich ersetzt werden, denn die Container können nicht auf Dauer in den Außenbereich gestellt werden.

Festbauten sollen als Unterbringungs-lösungen geschaffen werden und bieten auch aus kostenwirtschaftlicher Sicht eine Perspektive für die Nachnutzung. Sozialverträglichkeit spielt eine Rolle und wird auf jeden Fall betrachtet. Allerdings wird nochmals um Geduld gebeten, da hierzu noch intern Diskussionsbedarf besteht.

Frage Herr Kurth: Wie lange muss ich Geduld haben, zumal ich gehört habe, dass die Verwaltung bereits dazu angehalten wurde, diese Grundstücke zu kaufen?

Antwort:

Die Entscheidung hierüber wird von der Politik getroffen, also von Ihren gewählten Vertretern; das Ganze ist daher auch transparent. Es ist notwendig, dass dieses Jahr noch eine Entscheidung getroffen wird. Dem Rat ist es immer ein Anliegen gewesen, möglichst viele Ortschaften in dieses Konzept miteinzubeziehen.

Frage Herr Kurth: Gibt es denn in unserer Stadt einen Ort, der so viele Leute untergebracht hat?

Antwort:

Spätestens zur nächsten Ausschusssitzung gibt es eine Aufstellung, was die Unterbringung von Flüchtlingen in den einzelnen Ortschaften angeht.

Roisdorf wurde bislang bewusst von größeren Anlagen ausgenommen. Andere Ortsteile (z.B. Sechtem) sind aktuell teilweise mehr belastet worden.

Frage eines Anwohners: betr. Unterbringung von Flüchtlingen

Antwort:

Die Verwaltung weist die Flüchtlinge in eine Unterkunft ein. Zur Entzerrung sind bereits einige Flüchtlinge in eine andere Unterkunft umgezogen. Die Kapazitätsmöglichkeit wird hierbei beachtet.

Frage Herr Krause: Wie sieht es mit der Gegenfinanzierung aus?

Antwort:

Unterschiedlich, denn sobald Flüchtlinge noch nicht anerkannt sind, finanziert die Stadt Bornheim vor.

Dafür werden Pauschalmittel ausgezahlt, jedoch sind diese für die Stadt Bornheim nicht auskömmlich. Die Stadt Bornheim verfügt nicht über genug Wohnräume. Politisch wird dies auf Landesebene diskutiert.

Frage Herr Krause: betr. Kostenumlegung auf die Bürger:

Antwort: Dies ist eine bundesweite Diskussion. Die Gegenfinanzierung oder die solidarische Finanzierung ist hier nicht auskömmlich. Alles, was darüber hinaus finanziert wird, belastet den Haushalt.

Frage Herr Krause: Hat man genügend Mittel beim Bund beantragt?

Antwort:

Seitens der Verwaltung sind vielfältige Anstrengungen unternommen worden, um die Finanzzuweisungen des Bundes und des Landes vollkommen auszuschöpfen. Es gibt weitere Bestrebungen sowohl vom Bund und als auch vom Land, die Finanzhilfen für die Kommunen noch weiter auszudehnen, z.B. wird das 5-Milliarden-Programm in 2017 wirksam.

Frage Herr Krause: Gibt es eine prozentuale Angabe?

Antwort:

Es gibt keine prozentuale Regelung. Im Rahmen des Nachtragshaushaltes wurde dieses Problem nochmal transparent gemacht. Diskussion hier leider schwierig.

Es muss zu einer einheitlichen Formulierung aller betroffenen Kommunen kommen.

Frage eines Anwohners betr. Zuweisung der Flüchtlinge

Antwort:

Die Verwaltung ist im ständigen Kontakt mit der Bezirksregierung Arnsberg, die die zahlmäßigen Zuweisungen der Stadt Bornheim mitteilt. Die Zuweisungen werden vom Bund auf die Länder und Kommunen heruntergebrochen, daher kann diese Frage nicht auf kommunaler Ebene beantwortet werden.

Frage eines Anwohners betr. Austausch der Schulen mit Rücksicht auf Sozialraumbetrachtung mit möglichst gleichmäßiger Verteilung der Flüchtlinge

Antwort:

Mit den Schulen ist man im ständigen Austausch bezüglich der Unterstützung. Es wird auf die Standorte Rücksicht genommen. Der Sozialraum wird in allen Ortsteilen von Bornheim betrachtet, um eine stabile Grundlage für die Integration zu schaffen. Verschiedene unterstützende Maßnahmen laufen. Darüber hinaus ist man auch mit den Kindergärten in Diskussion.

Frage Herr Grings: Wurde bei der Standortfindung für den Standort Roisorf „Maarpfad“ berücksichtigt, dass dieser Standort direkt an einer alten Grube liegt? Durch die für eine Festbauweise erforderlichen Erdbewegungen könnte dies zu Problemen führen (Altlasten etc.)

Antwort:

Ihre Frage wird mitgenommen und in der nächsten ASS-Sitzung beantwortet.

4	Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 40/2016 vom 21.06.2016	
----------	--	--

Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel erhebt gegen den Inhalt der Niederschrift über die Sitzung Nr. 40/2016 vom 21.06.2016 keine Einwände.

5	Antrag der SPD-Fraktion vom 18.08.2016 betr. zukünftige Nutzung des Sportplatzes Rösberg	718/2016-11
----------	---	--------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule, Soziales und demografischen Wandel beauftragt die Verwaltung

1. die Möglichkeiten der zukünftigen Nutzung für den Sportplatz in Rösberg und Perspektiven zu einer Neugestaltung des Geländes aufzuzeigen,
2. ein Konzept für die zukünftige Nutzung des Sportheimes unter Einbeziehung der Ortsvereine und der Rösberger Bürger zu erstellen,
3. die zuständigen Ausschüsse hierüber zu unterrichten und eine Konzeption vorzulegen.

- Einstimmig -

6	Große Anfrage der FDP-Fraktion vom 06.09.2016 betr. Raumkonzepte der weiterführenden Schulen	766/2016-5
----------	---	-------------------

Eine ausführliche Beantwortung erfolgt in der Ausschusssitzung am 22.11.2016.

- vertagt -

7	Mitteilung betr. Sachstand der Baumaßnahmen an den städtischen Schulen	
----------	---	--

Es gibt keine neuen Mitteilungen seitens der Verwaltung.

Generelle Ausführungen zu

Sachstand der Baumaßnahmen an städtischen Schulen werden in der Ausschusssitzung am 22.11.2016 mitgeteilt.

8	Mitteilung betr. Unterbringung von Flüchtlingen	773/2016-1
----------	--	-------------------

Von Frau von Bülow wird vorgeschlagen, den Tagesordnungspunkt 8 vorzuziehen und nach dem Tagesordnungspunkt 3 zu behandeln.

Frau von Bülow berichtet über den aktuellen Sachstand zur Unterbringung von Flüchtlingen.

In der 37. und 38. Kalenderwoche konnten beim BAMF in Dortmund 450 Flüchtlinge ihren Antrag stellen. Die erste und zweite Anhörung ist größtenteils bereits dort ebenfalls erfolgt.

Eine genaue Rückmeldung gibt es derzeit noch nicht. Die Verwaltung hat am 06.10.16 eine Liste vom BAMF erhalten, die aber noch ausgewertet wird. Im Laufe der nächsten Woche kann dann ein aktueller Stand ermittelt werden.

Viele konnten den Antrag stellen und sind somit im Asylverfahren. Dadurch vollzieht sich durch die Anerkennung ein Statuswechsel. Aus finanzieller Sicht kommt es daher zu einer Entlastung des kommunalen Haushaltes.

Zu der Unterbringung kann folgendes mitgeteilt werden:

Die Unterkunft „Im Ühlchen“ konnte geschlossen werden. Hier läuft Ende Oktober der Mietvertrag aus. Diese ist bereits leer, kann aber bei einem Engpass durch das vereinbarte Optionsrecht wieder bezogen werden.

Die Containeranlage in Sechtem wurde mit 70 Personen in Betrieb genommen, jedoch ist diese noch nicht voll belegt. Eine weitere Anlage in Hemmerich ist nun betriebsbereit, da noch Nachbesserungsarbeiten stattfanden.

Reserven reichen um den bisherigen prognostizierten Zulauf aufnehmen zu können. Es wird davon ausgegangen, dass man erst im Frühsommer in eine Unterbringungsschwierigkeit geraten könnte.

Was die weitere Versorgung von Flüchtlingen oder die ehrenamtliche Unterstützung angeht, kann folgendes berichtet werden:

In der Secundastr. konnten noch leerstehende Räumlichkeiten den Ehrenamtlichen zur Verfügung gestellt werden. Hier finden, über den Sprachkurs hinaus, auch Betreuungsangebote statt. Ein vielfältiges Angebot ist vorgesehen.

- Kenntnis genommen -

9	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	771/2016-1
----------	---	-------------------

- Kenntnis genommen -

10	Anfragen mündlich	
-----------	--------------------------	--

AM Herr Quadt-Herte: Ich habe bisher noch keine Einladung zur Zukunftswerkstatt erhalten? Wann erfolgt die Einladung?

Antwort: Die Zukunftswerkstatt findet am 24.11. und 25.11.2016 in Bad Breisig statt. Eine formelle Einladung erfolgt in der nächsten Woche.

Ende der Sitzung: 19:45 Uhr

gez. Wilfried Hanft
Vorsitz

gez. Sarah Fuhs
Schriftführung